



Pflege im Spannungsfeld einer alternden Gesellschaft

Ergebnisse der Pflegestatistik 2013

Uwe Gölz, Matthias Weber

Dipl.-Kaufmann Uwe Gölz ist Leiter des Referats „Soziale Sicherung“ im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Dipl.-Verwaltungswirt (FH) Matthias Weber ist Sachgebietsleiter im gleichen Referat.

Der gesellschaftliche Alterungsprozess in Baden-Württemberg ist nicht zu stoppen. Die Lebenserwartung steigt weiter und die Zahl der Hochbetagten im Land wächst von Dekade zu Dekade. Auch wenn ein Großteil der Seniorinnen und Senioren im hohen Alter noch aktiv und gesund ist, kommt dem Thema Pflegebedürftigkeit und ihren Folgen in dieser alternden Gesellschaft eine zentrale Bedeutung zu. Immer mehr Menschen benötigen heute – und in Zukunft noch weit mehr – Pflege- und Betreuungsleistungen Dritter.

Was sagen die Ergebnisse der letzten Pflegestatistik dazu? Am Stichtag der letzten Erhebung zum Jahresende 2013 waren in Baden-Württemberg 298 769 Personen pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes, ein Drittel mehr als noch vor 10 Jahren. Damit sind heute bereits 2,8 % der Gesamtbevölkerung des Landes pflegebedürftig. Bei 42,4 % dieser Personen handelte es sich dabei um Pflegebedürftige mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz. Zur Betreuung in den stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen Baden-Württembergs standen 122 420 Beschäftigte zur Verfügung. Der Bedarf an professioneller Betreuung und Versorgung dürfte sich in Zukunft verstärken.

Demografischer Wandel in Baden-Württemberg läßt sich nicht aufhalten

Die Gesellschaft in Baden-Württemberg wird immer älter. Im internationalen Vergleich gehört die deutsche und damit auch die baden-württembergische Gesellschaft zu den ältesten. Dieser demografische Wandel lässt sich auch nicht mehr stoppen. Zum Jahresende 2013 war die Bevölkerung des Landes im Durchschnitt 43,2 Jahre alt. Damit ist das Durchschnittsalter gegenüber 1970 um mehr als 8 Jahre gestiegen. Bereits heute leben in Baden-Württemberg mehr ältere Menschen als jüngere. Ende 2013 lag der Anteil der 65-Jährigen und Älteren bei 19,6 %, während 17,1 % der baden-württembergischen Bevölkerung unter 18 Jahren alt war.

Der Trend zum kollektiven Altern der Bevölkerung im Südwesten geht einher mit einer seit Mitte der 1970er-Jahre anhaltend niedrigen Geburtenrate und einer stetig steigenden Lebenserwartung. Ein neugeborener Junge kann heute in Baden-Württemberg auf eine durchschnittliche Lebenserwartung von gut 79 Jahren hoffen, ein neugeborenes Mädchen sogar auf knapp 84 Jahre. Damit liegt die Lebenserwartung Neugeborener bei Frauen um gut 9 Jahre bzw. um 11 Jahre bei Männern höher als zu Beginn der 1970er-Jahre. Bis zum Jahr 2030 wird nochmals mit einem Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung um etwa 2 Jahre gerechnet.

Ende des Jahres 2013 lebten in Baden-Württemberg rund 262 400 Personen, die 85 Jahre oder älter waren, wobei 70 % dieser Altersgruppe Frauen sind (184 400). Die Zahl der Hochbetagten hat sich damit seit Anfang der 1970er-Jahre mehr als verfünffacht; bis zum Jahr 2060 könnte sich deren Zahl sogar nochmals auf über 750 000 fast verdreifachen (*Schaubild 1*).

Im Vordergrund der Diskussionen um Alter und alternde Gesellschaften steht dabei in erster Linie meist das Thema der Pflegebedürftigkeit. Dabei muß Alter und auch Hochaltrigkeit nicht automatisch mit Hilfe- und Pflegebedürftigkeit einhergehen. Der Großteil der Seniorinnen und Senioren hat sowohl den Willen als auch die Fähigkeiten, sich gesund und aktiv in die Gesellschaft einzubringen und diese mitzugestalten. Die Vielfalt der Themen reicht dabei von altersgerechten alternativen, gemeinschaftlichen Wohnformen für Ältere über die Teilhabe der Älteren am gesellschaftlichen Leben, Mobilität als Grundbedürfnis, soziales Engagement bis hin zur Vermeidung von Altersarmut.¹

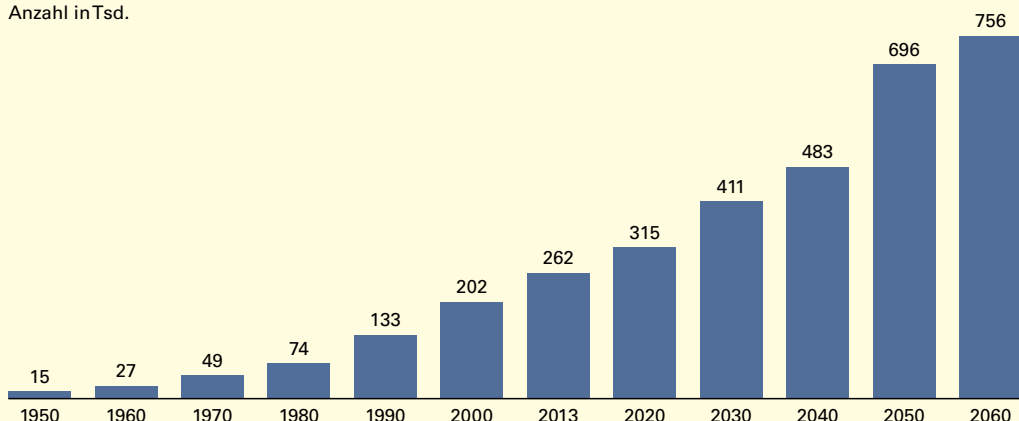
Pflege – Herausforderung für die Zukunft

Doch was ist, wenn eine gesunde und aktive Teilhabe am Leben in der Gesellschaft nicht mehr möglich ist? Eine der zentralen Folgen der demografischen Alterung betrifft trotz allem die Frage der Pflegebedürftigkeit, die Versorgung Pflegebedürftiger und die Sicherung der Pflegemöglichkeiten. So hat der Landtag von

¹ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg; Kompass Seniorenpolitik Baden-Württemberg: „Seniorenpolitische Werkstattgespräche – Dokumentation“

S1 Entwicklung der Zahl der Hochbetagten in Baden-Württemberg seit 1950*)

Anzahl in Tsd.



*) 85-Jährige und Ältere; bis 2013 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung; ab 2020 Ergebnisse der Bevölkerungsvorausrechnung auf Basis 2012 (Hauptvariante).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

547 15

Baden-Württemberg im März 2014 die Enquete-kommission „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“ eingesetzt. Das Ziel dieser Enquete-kommission ist es, die Situation der Pflege in Baden-Württemberg zu untersuchen und zu überprüfen, wie die vorhandenen Rahmenbedingungen verändert und welche Impulse gegeben werden müssen, um eine qualitativ hochwertige Pflege dauerhaft sicherzustellen. Der entsprechende Abschlußbericht soll dem Landtag dann bis zum 27. Januar 2016 vorgelegt werden.²

Gerade der Pflegebereich steht in Anbetracht des demografischen Wandels und der sich verändernden gesellschaftlichen Anforderungen an eine adäquate Pflege vor großen Herausforderungen. Immer mehr Menschen werden künftig Pflege- und Betreuungsleistungen benötigen. Nach der derzeitigen Modellrechnung des Statistischen Landesamtes, der allerdings noch die Ergebnisse der Pflegestatistik 2011 zugrunde liegen, könnte die Zahl der Pflegebedürftigen in Baden-Württemberg allein aus demografischen Gründen bis zum Jahr 2030 um 102 700 auf rund 381 000 Menschen steigen. Dies wäre ein Anstieg um 37 %. Bis zum Jahr 2050 könnte die Zahl pflegebedürftiger Menschen sogar um 80 % zunehmen und damit um fast 224 000 Personen auf dann rund 502 000 Pflegebedürftige steigen. Diese Modellrechnung unterstellt dabei, dass sich die derzeitigen Pflegewahrscheinlichkeiten und damit das Pflegerisiko für die einzelnen Altersjahre in den kommenden Jahren nicht wesentlich verändern (Status-Quo-Rechnung).

Jeder 36. Einwohner des Landes ist inzwischen pflegebedürftig

Doch wie stellt sich nun die Pflegesituation und die Lage der Pflegebedürftigen in Baden-Württemberg gegenwärtig dar? Hierzu liefern die Ergebnisse der letzten Pflegestatistik vom 15. Dezember 2013 einen aktuellen Überblick. Zum Jahresende 2013 waren in Baden-Württemberg 298 769 Personen pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes. Das sind 20 474 oder 7,4 % mehr als im Dezember 2011, dem Zeitpunkt der letzten Erhebung. Im Zehnjahresvergleich ergibt sich dabei eine Zunahme der Zahl Pflegebedürftiger um 33,3 % bzw. 74 585 Personen. Bezogen auf die gesamte Bevölkerung bedeutet dies, dass 2,8 % der rund 10,6 Mill. Einwohner des Landes Leistungen aus der Pflegekasse erhielten – und damit jeder 36. Baden-Würtemberger. Bei den über 65-Jährigen sind das bereits 11,8 % und damit in etwa jeder Achte (247 155).

Fast zwei Drittel der Pflegebedürftigen (64,1 %) waren Frauen. Bei ihnen lag die Pflegequote sogar bei 3,5 %, während sie bei den Männern nur 2 % betrug. Aufgrund der längeren Lebenserwartung erreichen deutlich mehr Frauen als Männer pflegeintensive Altersklassen. Da Frauen aber nicht nur länger leben als ihre Lebenspartner, sondern oft auch deutlich jünger als diese sind, leben sie im Alter häufig allein. Sie sind daher auch in höherem Maße auf professionelle Hilfe bei Pflegebedürftigkeit angewiesen als Männer, die in vielen Fällen, so lange es geht, zu Hause von ihren – eher jüngeren – Partnerinnen gepflegt werden. Bis

² Landtag von Baden-Württemberg, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/4977 vom 25. März 2014.

zur Altersklasse der 70- bis 74-Jährigen ist die Pflegehäufigkeit bei der männlichen Bevölkerung stets höher als bei der weiblichen. Ab 75 Jahren liegt die Pflegehäufigkeit der Männer dann aber niedriger als die der Frauen. So waren in der Altersklasse der 95-Jährigen und Älteren von 1 000 gleichaltrigen Frauen 841 pflegebedürftig, bei den Männern dagegen nur 707 (Schaubild 2).

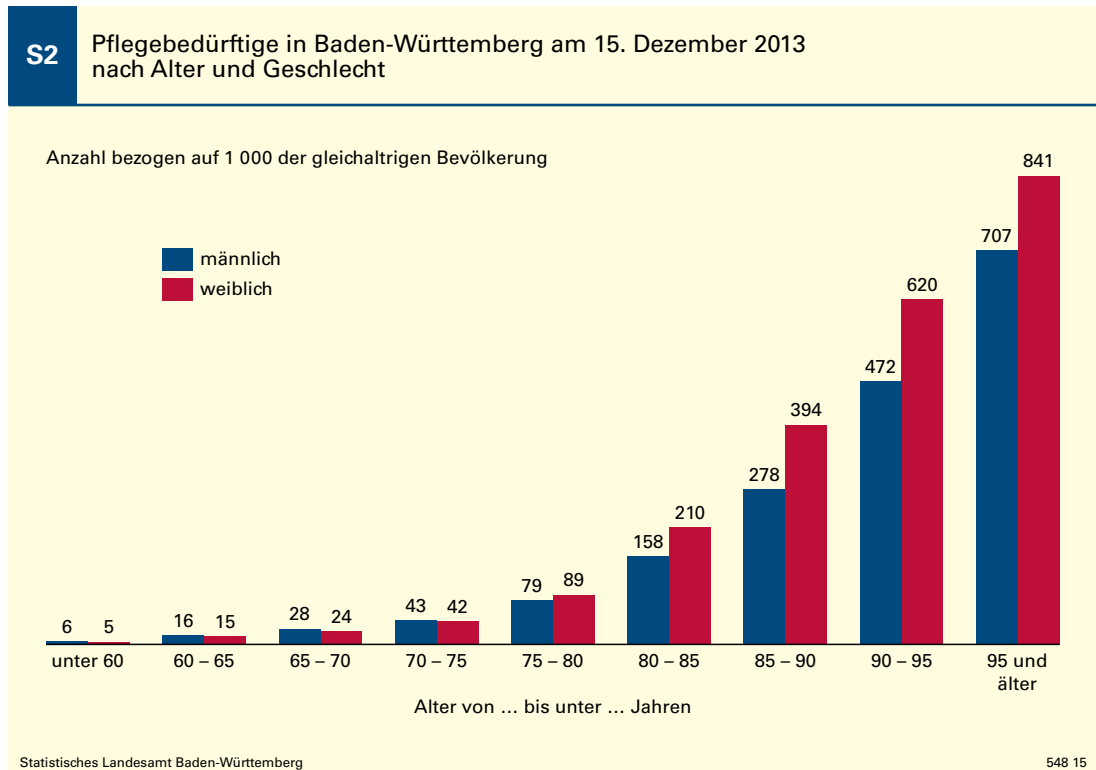
Pflege zu Hause dominiert

Heim und Familie bilden nach wie vor den Schwerpunkt bei der Versorgung pflegebedürftiger Menschen. Über zwei Drittel bzw. 207 924 aller Pflegebedürftigen wurden 2013 zu Hause gepflegt. Das sind 9,2 % mehr als 2011 und 38,2 % mehr als noch vor 10 Jahren. Unter den 298 769 Pflegebedürftigen, die Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz erhielten, waren 144 593 Pflegegeldempfänger (48,4 %), die ausschließlich von Angehörigen zu Hause gepflegt wurden (+ 9 % gegenüber 2011 und + 39,9 % gegenüber 2003). Bei 63 331 Pflegebedürftigen (21,2 %) erfolgte die Pflege durch ambulante Pflegedienste und damit auch zu Hause (+ 9,9 % gegenüber 2011 und + 34,5 % gegenüber 2003). Knapp ein Drittel (30,4 %) oder 90 845 aller Betroffenen wurde hingegen vollstationär in Heimen versorgt. Das sind 3,3 % mehr als bei der letzten Erhebung und 23,2 % mehr als 2003. Für die ambulante und stationäre Versorgung der Pflegebedürftigen im Land standen 1 140 ambulante Pflegedienste

sowie 1 661 voll- bzw. teilstationäre Pflegeheime zur Verfügung. Vor 10 Jahren waren dies noch 984 Pflegedienste und 1 135 Pflegeheime.

Erstmals Informationen zu Pflegebedürftigen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz

Erstmals wurden im Rahmen der Pflegestatistik auch die Pflegebedürftigen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz erfasst, das heißt mit Einschränkungen durch demenzbedingte Fähigkeitsstörungen, geistige Behinderungen oder psychische Erkrankungen. Ende 2013 konnten hier 126 536 Personen gezählt werden, was einem Anteil von 42,4 % an der Gesamtzahl der Pflegebedürftigen im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes entspricht. Die meisten dieser Menschen (45,4 %) wurden dabei vollstationär in Pflegeheimen versorgt, 41 % ausschließlich von Angehörigen zu Hause und 13,6 % von ambulanten Diensten. Auch bei den Pflegebedürftigen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz war die Mehrzahl der Betroffenen weiblich (64,4 %). Zwei Fünftel der Pflegebedürftigen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz waren zwischen 80 und 89 Jahren alt. Mit 40,6 % waren die meisten der Betroffenen der Pflegestufe II zugeordnet, gefolgt von Pflegestufe I mit 38,9 %. Darüber hinaus gab es noch 14 582 Personen ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz (Schaubild 3).



Über die Hälfte der Pflegebedürftigen in Pflegestufe I

Die Leistungen der Pflegeversicherung unterteilen sich je nach Art und Umfang täglich notwendiger Hilfeleistung in drei Stufen. So war insgesamt mehr als die Hälfte (52,4 %) aller Pflegebedürftigen in der Pflegestufe I eingruppiert. Dieser Personenkreis wird überwiegend zu Hause durch Angehörige versorgt, was bei Pflegebedürftigen in dieser niedrigsten Pflegestufe wohl noch am ehesten möglich ist. Weitere 34,1 % der Pflegebedürftigen erhielten Leistungen der Pflegestufe II, 12,8 % waren in der Pflegestufe III eingestuft und 0,7 % hatten zum Zeitpunkt der Erhebung noch keine Zuordnung zu einer Pflegestufe. Dies ist zum Beispiel dann der Fall, wenn Pflegebedürftige im Anschluss an einen Krankenhausaufenthalt direkt in einer stationären Pflegeeinrichtung aufgenommen wurden, zum Zeitpunkt der Erhebung aber noch keine Zuordnung zu einer bestimmten Pflegestufe vorlag.

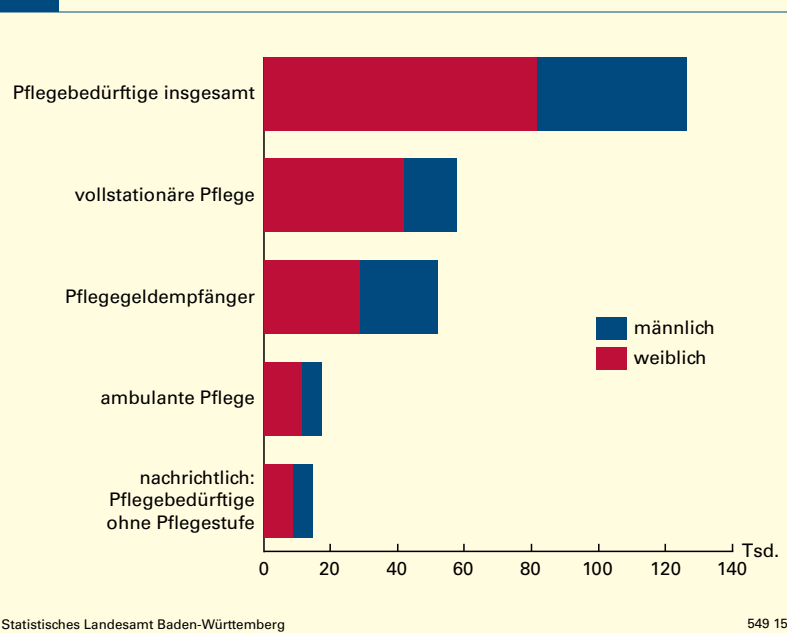
Pflegebedürftige Menschen werden vor allem dann in Pflegeheimen versorgt, wenn sie einen sehr hohen Pflegebedarf aufweisen und damit eher auf professionelle Hilfe angewiesen sind. So ist bei den vollstationär versorgten Pflegebedürftigen der Anteil derer, die in den Pflegestufen II und III eingruppiert sind, entsprechend höher. Er lag Ende 2013 bei 60,5 %. Der entsprechende Anteil bei den zu Hause durch ambulante Dienste versorgten Pflegebedürftigen lag bei 45,3 % und bei den durch Angehörige versorgten Pflegegeldempfängern bei 39 % (Übersicht 1).

In Pflegeheimen überwiegen Einzelzimmer

In den 1 661 stationären Pflegeeinrichtungen Baden-Württembergs standen insgesamt 106 233 Pflegeplätze zur Verfügung, 99 165 davon für die vollstationäre Dauerpflege. Im Vergleich zur letzten Erhebung 2011 hat damit die Zahl der verfügbaren Pflegeplätze um 2,4 % oder 2 488 Plätze zugenommen, gegenüber der Erhebung von 2003 um 30,6 % oder 24 905 Plätze. Der Auslastungsgrad der verfügbaren Plätze in der vollstationären Dauerpflege lag Ende 2013 bei 88,7 % und hat sich damit in den letzten 10 Jahren kaum verändert (2003: 90,3 %). Die weitaus meisten verfügbaren Plätze wurden dabei in Pflegeheimen für ältere Menschen ermittelt (99 675). In Pflegeheimen für psychisch Kranke gab es 5 266 verfügbare Plätze, in Pflegeheimen für behinderte Menschen 1 159 und in Pflegeheimen für Schwerkranke und Sterbende wie zum Beispiel Hospize 133 Plätze.

S3

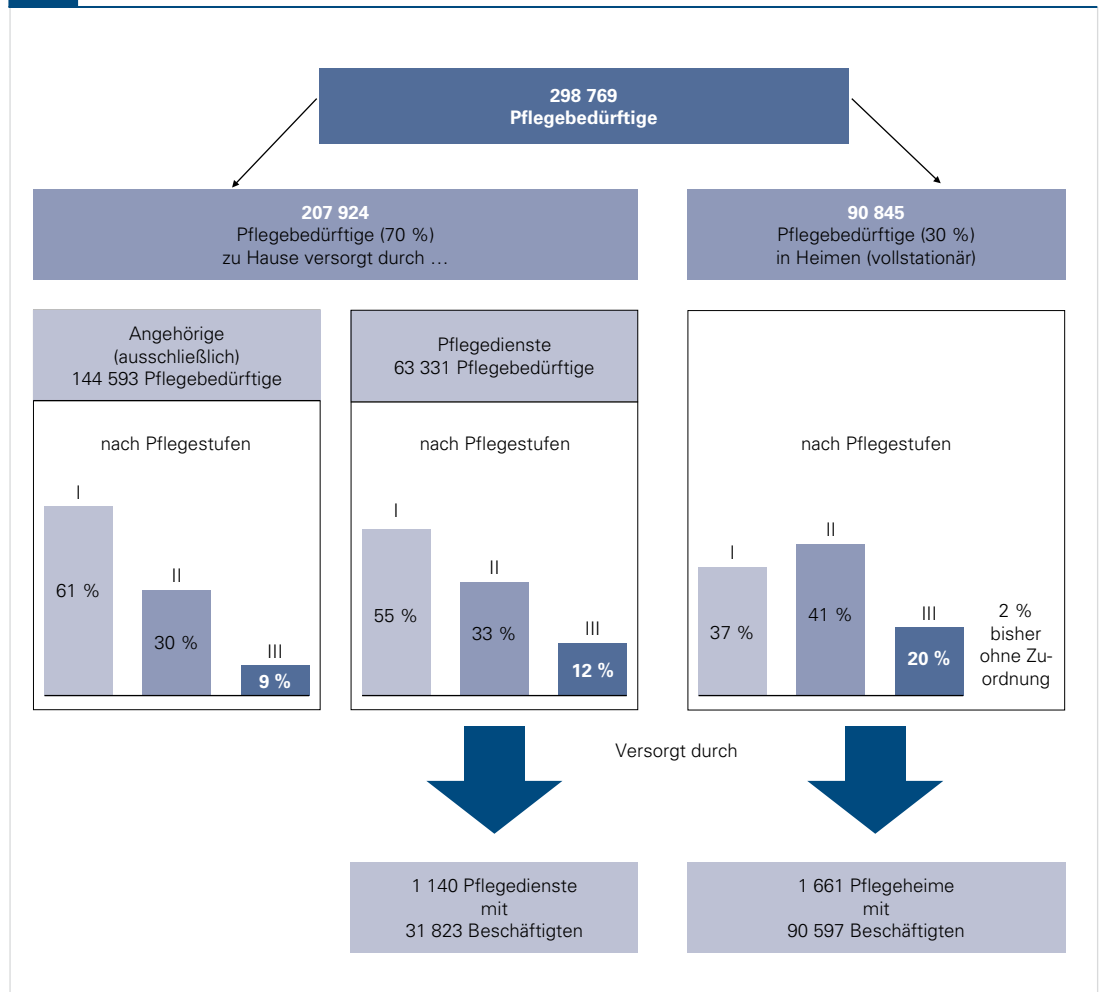
Pflegebedürftige mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz in Baden-Württemberg am 15. Dezember 2013



Die überwiegende Anzahl vollstationärer Pflegeplätze im Land gibt es heute in Einzelzimmern. So wurden Ende 2013 insgesamt 64,3 % der vollstationären Dauerpflegeplätze in Einzelzimmern nachgewiesen, 35,6 % entfielen auf Zweibettzimmer und lediglich noch 0,1 % auf Zimmer mit drei und mehr Betten. Vor 10 Jahren lagen diese Anteile noch bei 47,6 % (Einbettzimmer), 49 % (Zweibettzimmer) sowie 3,4 % (Zimmer mit drei und mehr Betten). Aufgrund des Einzelzimmergebots der Heimbauverordnung des Landes vom September 2009 dürfte sich die Bettenverteilung in den nächsten Jahren noch weiter zugunsten von Einzelzimmern verschieben. In den Einrichtungen der freigemeinnützigen Träger lag der Anteil der Einbettzimmer zum Jahresende 2013 bei fast drei Vierteln (71,5 %), die öffentlichen Träger hielten 67,4 % ihrer vollstationären Dauerpflegeplätze als Einzelzimmer vor. Bei den privaten Anbietern lag dieser Anteil nur bei 48 %.

Die größten Anbieter im Bereich der stationären Pflege sind die privaten Träger mit 30 897 Plätzen (29,1 %), gefolgt von den Wohlfahrtsorganisationen der beiden großen Kirchen, das heißt dem Diakonischen Werk mit 25 914 Plätzen (24,4 %) und der Caritas mit 15 160 Plätzen (14,3 %). Weiter wurden 9 % oder 9 627 der Plätze in stationären Einrichtungen von kommunalen Trägern oder öffentlich verwalteten Stiftungen bereitgestellt. Die restlichen Plätze der stationären Pflege entfielen auf den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (7,2 %), die Arbeiterwohlfahrt (3,3 %), das Deutsche Rote Kreuz (2,7 %) und auf sonstige gemein-

Ü1 Eckdaten der Pflegestatistik 2013



nützige Träger (10 %). Im ambulanten Bereich waren die freigemeinnützigen Träger noch stärker vertreten. 66,2 % oder 41 899 aller von ambulanten Diensten Versorgten wurden von ihnen gepflegt. Das Diakonische Werk ist der größte Träger unter den Freigemeinnützigen, gefolgt von der Caritas. Die kommunalen Träger spielen zahlenmäßig dagegen nur eine untergeordnete Rolle.

Knapp zwei Drittel Teilzeitbeschäftigte

Für die Versorgung der 154 176 Pflegebedürftigen in den stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen Baden-Württembergs standen zum Jahresende 2013 landesweit 122 420 Beschäftigte zur Verfügung – ein Zuwachs um 6 % oder 6 890 Personen seit der letzten Erhebung im Dezember 2011. Im Vergleich zu 2003 bedeutet dies sogar einen Zuwachs von 38,2 % oder 33 817 Beschäftigten. Unter dem Personal des Jahres 2013 gab es 31 699 Vollzeitbeschäftigte (25,9 %) und 79 817 Personen arbeiteten in Teilzeit (65,2 %), 15,4 % des Personals waren

geringfügig beschäftigt. Vor 10 Jahren lag der Anteil der Vollzeitbeschäftigten noch bei 36,1 % und der in Teilzeit Tätigen bei 53,2 %. Im Jahr 2013 verteilten sich die restlichen 10 904 Beschäftigten (8,9 %) auf Auszubildende, (Um-)Schüler, Helferinnen und Helfer im freiwilligen sozialen Jahr und im Bundesfreiwilligendienst sowie Praktikanten außerhalb einer Ausbildung. Das Personal in den Pflegeeinrichtungen bestand zu 86,1 % aus Frauen. Diese Quote fiel bei den Teilzeitbeschäftigten noch wesentlich höher aus. Hier lag sie bei 91,2 %.

2013 gab es in den stationären Einrichtungen 90 597 Beschäftigte, 4,6 % oder 3 962 Personen mehr als Ende 2011. In den ambulanten Einrichtungen wurden 31 823 Beschäftigte gezählt (+ 10,1 % oder 2 928 Personen). Vom Personal der ambulanten Pflegeeinrichtungen im Land waren 77,4 % in Teilzeit tätig, im stationären Bereich hingegen 60,9 %.

Die weitaus meisten Beschäftigten in den stationären Einrichtungen des Landes gab es mit 93,9 % in Pflegeheimen für ältere Menschen.

Ü2 Kennzahlen zur Pflegesituation in Baden-Württemberg 2013

Stationäre Einrichtungen

- auf 100 Pflegebedürftige kommen 100 Beschäftigte
- durchschnittlich arbeiten 55 Beschäftigte pro Pflegeheim
- je Pflegeheim werden 55 Pflegebedürftige versorgt
- 43 von 1 000 Einwohnern ab 65 Jahren werden stationär in Pflegeheimen versorgt
- je Pflegeheim stehen 60 Plätze für die vollstationäre Pflege zur Verfügung
- auf 1 000 Einwohner ab 65 Jahren kommen 47 Plätze für vollstationäre Pflege
- Auslastungsgrad der vollstationären Dauerpflegeplätze: 89 %
- 68 % der Pflegebedürftigen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz
- durchschnittliche monatliche Kosten eines vollstationären Dauerpflegeplatzes in Pflegestufe I rund 2 800 Euro, in Pflegestufe II rund 3 200 Euro, in Pflegestufe III rund 3 800 Euro

Ambulante Einrichtungen

- auf 100 Pflegebedürftige kommen 50 Beschäftigte
- durchschnittlich arbeiten 28 Beschäftigte je ambulanten Dienst
- je Pflegedienst werden 56 Pflegebedürftige versorgt
- 27 von 1 000 Einwohnern ab 65 Jahren werden durch einen ambulanten Dienst versorgt
- 27 % der Pflegebedürftigen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz

Das übrige Personal verteilte sich auf Pflegeheime für psychisch Kranke (4,5 %), Pflegeheime für behinderte Menschen (1,4 %) sowie Pflegeheime für Schwerkranke und Sterbende, wie zum Beispiel Hospize (0,2 %). Dabei ist die stationäre Betreuung von Pflegebedürftigen äußerst personalintensiv (*Übersicht 2*). Auf 100 Pflegebedürftige, die in den Pflegeheimen betreut wurden, kamen auch 100 Beschäftigte, darunter 67 Beschäftigte, die ihren Arbeitsschwerpunkt im Bereich Pflege und Betreuung hatten, sowie weitere 33 Beschäftigte mit einer Zuständigkeit für andere Aufgaben. In den ambulanten Einrichtungen kamen auf 100 Pflegebedürftige 50 Beschäftigte, darunter 35 Beschäftigte im Bereich der Pflege und Betreuung sowie weitere 15 Mitarbeiter in anderen Aufgabenbereichen.

Zum ersten Mal Informationen zu Auszubildenden aus der Pflegestatistik

In den baden-württembergischen Pflegeeinrichtungen hatte weit über die Hälfte des Personals (56,2 % bzw. 68 742 Beschäftigte) einen Abschluss in einem pflegerischen Beruf, einem nichtärztlichen Heilberuf oder einen hauswirtschaftlichen Berufsabschluss. Fast ein Viertel der Beschäftigten (24,1 %) in den stationären und ambulanten Einrichtungen des Landes verfügte über eine Ausbildung als Altenpflegerin oder Altenpfleger (*Schaubild 4*). Unter den

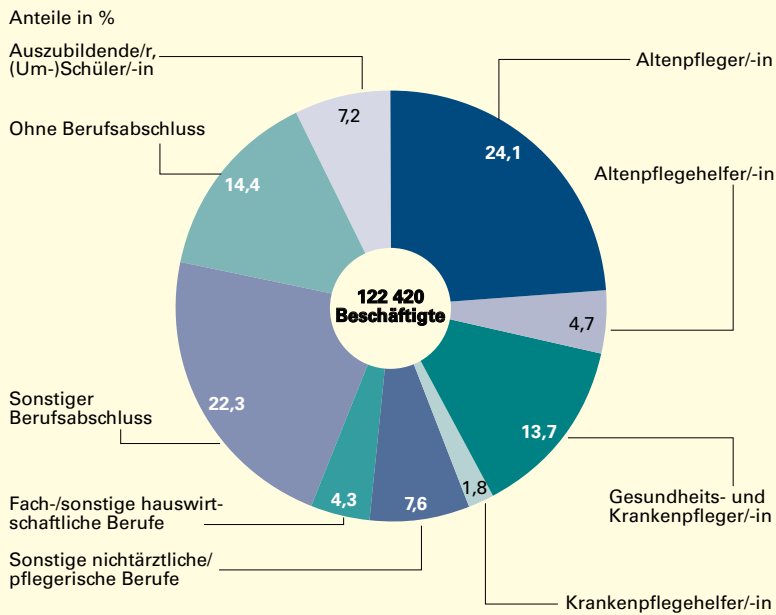
Vollzeitarbeitkräften lag der Anteil der Altenpflegerinnen oder Altenpfleger mit 41,6 % jedoch deutlich höher. Damit besaßen 43,8 % oder 53 678 der Beschäftigten keinen oder aber einen fachfremden Berufsabschluss bzw. befanden sich noch in Ausbildung. Das sind 6,4 % mehr als 2011.

Erstmals kann im Rahmen der Pflegestatistik 2013 die Zahl der Auszubildenden und (Um-)Schüler in den Pflegeeinrichtungen gesondert ausgewiesen werden. So gab es zum Jahresende 2013 in den stationären Pflegeeinrichtungen 7 934 Auszubildende und (Um-)Schüler, was 8,8 % der Beschäftigten entsprach. Fast ein Drittel dieser Personen (30,9 %) war dabei bereits 30 Jahre und älter. Über die Hälfte (55,9 %) der Auszubildenden und (Um-)Schüler war jedoch im Alter zwischen 17 und 24 Jahren. Auch hier war die überwiegende Mehrheit des Personals weiblich (80 %).

Vier Fünftel der Auszubildenden strebten einen Berufsabschluss als staatlich anerkannte Altenpflegerin bzw. Altenpfleger an. Bei den ambulanten Diensten lag der Anteil der Auszubildenden und (Um-)Schüler am gesamten Personal bei lediglich 2,8 % (887 Personen), von denen 45,7 % bereits 30 Jahre und älter waren sowie 41,1 % zwischen 17 und 24 Jahren. Hier strebten 70,7 % einen Abschluss als staatlich anerkannte Altenpflegerin bzw. Altenpfleger an.

S4

Personal in den Pflegeeinrichtungen Baden-Württembergs am 15. Dezember 2013 nach Berufsabschlüssen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

550 15



Die Pflegestatistik wird von den Statistischen Ämtern der Länder und des Bundes seit Dezember 1999 alle 2 Jahre durchgeführt. Ziel dieser Statistik ist es, Daten zu Angebot und Nachfrage pflegerischer Versorgung zu gewinnen. Die Definitionen und Abgrenzungen der Statistik beruhen auf dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI), das auch die Rechtsgrundlage der Statistik bildet und 1994 in Kraft trat. Seit April 1995 werden auf Basis des Gesetzes Leistungen für die häusliche Pflege gewährt, seit Juli 1996 auch für stationär Versorgte. Pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes sind Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für mindestens 6 Monate, in erheblichem oder höherem Maße der Hilfe bedürfen. Nach Beurteilung des medizinischen Dienstes werden die Pflegebedürftigen in drei Pflegestufen eingeteilt.

Herausforderungen für die Zukunft

Aufgrund der rasch wachsenden Zahl an hochbetagten Menschen und dem für diesen Personenkreis relativ hohen Pflegerisiko ist auch für die Zukunft mit einem Mehrbedarf an qualifiziertem Personal zu rechnen. Ausgehend von der Zahl der vom Statistischen Landesamt vorausgerechneten Pflegebedürftigen, die von ambulanten und stationären Einrichtungen im Jahr 2030 versorgt werden, kann auch auf den wahrscheinlichen zukünftigen Bedarf an Pflegekräften geschlossen werden. Die Modellrechnung des Statistischen Landesamtes geht dabei davon aus, dass sich das Verhältnis von Pflegebedürftigen zu Pflegepersonen bis 2030 nicht wesentlich ändert. Dann würde sich bis 2030 der Bedarf an Pflegekräften und sonstigem Pflegepersonal von 115 530 Beschäftigten im Jahre 2011 um 45 % erhöhen und läge somit bei rund 168 000 Personen.

Änderungen der demografischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie der Haushalts- und Familienstrukturen – wie zum Beispiel die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen – können dazu führen, dass pflegebedürftige Menschen künftig weniger Unterstützungsleistungen aus dem unmittelbaren familiären Umfeld erhalten. Die Pflege durch Familienangehörige wie Partnerinnen oder Partner bzw. Kinder oder Schwiegerkinder wäre damit wohl immer weniger gewährleistet. Das bedeutet, dass somit in Zukunft verstärkt eine professionelle Betreuung und Versorgung in Pflegeheimen sowie durch ambulante Dienste nachgefragt werden dürften. Eine zunehmende Nachfrage nach professioneller Pflege geht dann auch einher mit einem erhöhten Personalbedarf in diesem Bereich. Die Herausforderung wird sein, Wege zu finden, wie zukünftig genügend qualifiziertes Pflegepersonal gewonnen und die Attraktivität der Pflegeberufe gesteigert werden kann, um diesen Personalbedarf befriedigen zu können. ■

Weitere Auskünfte erteilen
 Uwe Gölz, Telefon 0711/641-24 66,
Uwe.Goelz@stala.bwl.de
 Matthias Weber, Telefon 0711/641-24 02,
Matthias.Weber@stala.bwl.de